

Salzburger Nachrichten

P. b. b. S 1.80
Verlagspostamt Salzburg 2
Erscheinungsort Salzburg

FREIE TAGESZEITUNG FÜR DIE ÖSTERREICHISCHEN BUNDESLÄNDER

Salzburg, Bergstraße 12, Tel. *74 1 27 und *73 5 07; Wien I, Rotenturmstraße 25; Tel. 63 44 36 und 63 43 06; Linz, Gesellenhausstraße 21, Tel. 279 23 und 28 1 56.
Post- u. Trägerabonnement S 35.—, Verschleißerabonnement S 33.— monatlich. Wochenendabonnement vierteljährlich S 30.—, Postspark.-Kto. Wien 188.904
Einzelpreis: Italien Lire 70.—; Schweiz sfr. —.50; Deutschland DM —.45; Wochenendausgabe: Italien Lire 100.—; Schweiz sfr. —.65; Deutschland DM —.60

Nummer 76 *

Mittwoch, 1. April 1964

20. Jahrgang

Chruschtschow bleibt zehn Tage in Ungarn

Andeutung einer neuen COMECON-Konferenz in Budapest - Vertreter aus anderen Satellitenstaaten werden erwartet

BUDAPEST (UPI, APA, Reuter, AFP, AP, SN). Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow traf Dienstag mittig in seinem Sonderzug, begleitet von seiner Gattin Nina sowie einer Partei- und Regierungsabordnung, zu seinem angekündigten Besuch Ungarns auf dem Ostbahnhof in Budapest ein. Er wurde hier von ungarischen Staatspräsidenten Istvan Dobi, Ministerpräsident Kadar sowie hohen Partei- und Regierungsfunktionären empfangen. Wie üblich wehten viele Fahnen und eine Musikkapelle spielte Hymnen sowie Märsche. Chruschtschow und Kadar umarmten einander und wechselten dann mit überschwenglichen Worten und Phrasen Begrüßungsreden. Chruschtschow sagte u. a., seine Reise nach Ungarn sei mehr als nur ein Freundschaftsbesuch. „Unser jetziger Besuch wird es uns ermöglichen, die im vorigen Sommer in Moskau geführten, sehr nützlichen Gespräche fortzusetzen.“ (Das deutet darauf hin, daß COMECON-Besprechungen in Budapest zu erwarten sind. Anm. d. Red.)

Radio Budapest sagte in einem Kommentar zu Chruschtschows Besuch in englischer Sprache, dieser Besuch werde auch für die Weltpolitik bedeutsam sein. Chruschtschows Aufenthalt in Ungarn solle zu einer Stärkung der Einheit in der internationalen Arbeiterbewegung beitragen.

Erinnerung an den Oktober 1956

Chruschtschow wird voraussichtlich acht bis zehn Tage in Ungarn bleiben und hier u. a. Industrie- sowie Landwirtschaftsbetriebe in der Provinz besichtigen. In seiner Begleitung befinden sich u. a. Außenminister Gromyko und das ZK-Mitglied Juri Andropow, der von 1954 bis Anfang März 1957 — also gerade zur Zeit des Budapest Aufstandes — Sowjetbotschafter in Ungarn gewesen war und im ZK die Angelegenheiten der Ostblock-Parteien betreut.

Auch chinesische Gäste in Budapest

Von einem Mitarbeiter in Budapest BUDAPEST (SN). Zum Besuch Chruschtschows in Ungarn verlautet, daß er zweifellos mit einer Konferenz der Ostblockstaaten in größerem Rahmen, zu der wahrscheinlich der rumänische Ministerpräsident Ion Gh. Maurer und der tschechoslowakische Regierungschef Lenhart eintreffen werden, verbunden sein werde. Daß die chinesische Frage nicht nur nebenbei erörtert werden wird, gilt als sicher. Chruschtschow und Frau Nina nahmen in der Sowjetbotschaft Quartier.

Chruschtschows Empfang durch die Bevölkerung war sehr ruhig — man sah keinen Enthusiasmus, aber auch keine feindselige Stimmung. Es heißt, daß etwa 50.000 Menschen Chruschtschow begeistert empfangen haben sollen. Indessen hat Budapest eine Einwohnerzahl von mehr als einer Million und die Masse dieser Bewohner läßt der Besuch offenbar gleichgültig.

Für die Atmosphäre dieses Besuches bezeichnend ist eine andere Begleiterscheinung: Eben begann in

Budapest der kommunistisch gesteuerte 8. Weltkongreß der (pro-kommunistischen) „Internationalen Vereinigung demokratischer Juristen“, der ganz im Zeichen des chinesisch-sowjetischen Zwistes steht. Ein von den Chinesen verbreitetes Memorandum richtet schwere Angriffe gegen die Sowjets. All dies läßt sich vor der Bevölkerung der Millionenstadt doch nicht völlig heimlich und sie macht sich ihren Reim darauf. Der Gegensatz zwischen dieser Atmosphäre und den fahnen geschmückten Straßen spricht seine eigene Sprache.

König Saud entmachtet

RIAD (Reuter, UPI). Radio Mekka gab Dienstag bekannt, daß Kronprinz Feisal von Saudiarabien alle verfassungsmäßigen Rechte von seinem Bruder König Saud übernommen habe. Saud werde nur noch nominell Herrscher über das östliche Wüstenkönigreich sein. Diese Entscheidung sei vom zwölfköpfigen Rat der

Ulemas und Stammesältesten wegen der schlechten Gesundheit Sauds, der innenpolitischen Lage und der „höheren Interessen des Landes“ getroffen worden. — Dazu wird aus Beirut berichtet, daß Sauds Apanage auf ein nicht näher bezeichnetes „vernünftiges Maß“ verringert und ihm die Befehlsgewalt über die Palastgarde entzogen wurde. (Siehe dazu den Bericht unseres Korrespondenten auf Seite 3. D. Red.)

36 Prinzen des Königshauses erklärten sich Dienstag mit der getroffenen Neuregelung einverstanden. Auch das Kabinett gab eine entsprechende Erklärung ab.

Der Straßentod schlug zu

FRANKFURT A. M. (UPI, dap, AP, AFP). Der Straßenverkehr während der Osterfeiertage, die in ganz Europa von denkbar schlechtem, naßkaltem Wetter begleitet waren, forderte zahlreiche Todesopfer. In der Bundesrepublik fanden nach bisher unvollständigen Meldungen durch Verkehrsunfälle mindestens 103 Personen

den Tod, davon in Nordrhein-Westfalen 29 (darunter 17mal durch Alkohol am Steuer!), in Niedersachsen 26, in Bayern 22 und in Baden-Württemberg 15. Gegenüber Ostern 1963 erhöhte sich die Zahl der Todesopfer, obwohl der Straßenverkehr wegen des Schlechtwetters kaum Rekordzahlen erreicht hat.

In Großbritannien forderte der Straßenverkehr über Ostern 68 Todesopfer, d. s. um 19 weniger als im Vorjahr und die niedrigste Zahl von Osterverkehrsopfern seit 1957. In Italien waren im Straßenverkehr 42 Todesopfer zu verzeichnen.

Die 26jährige holländische Kronprinzessin Beatrix verlor am Ostersonntag auf der Fahrt vom Soesdijk-Palast nach Den Haag infolge überhöhter Geschwindigkeit die Herrschaft über ihren Wagen, der gegen einen Straßenbaum prallte. Die Prinzessin erlitt einen schweren Schock und verlor das Bewußtsein, doch blieb sie unverletzt. Das Auto wurde schwer beschädigt.

Griechenland geht der Atem aus

Finanznot wirkt beruhigend auf die durch Zypern erregten Gemüter - Neue Sorgen steigen auf

ATHEN (Reuter, UPI). Der griechische Ministerpräsident Papan-dreou erklärte Montagabend im Parlament, er bedaure aufrichtig „zahlreiche Mißverständnisse“ der jüngsten Zeit mit der Türkei. Solche seien durch die Zypern-Krise entstanden. Freundschaft und Bündnis zwischen Griechenland und der Türkei seien eine Sache von größtem gegenseitigem Interesse und müßten mit allen Anstrengungen aufrecht erhalten werden.

Die führende türkische Tageszeitung „Huriyet“ schrieb Montag, daß zwischen Athen und Ankara neue Differenzen auftauchten, weil Griechenland eine Aufnahme des auf Zypern stationierten türkischen Truppenkontingents in die UNO-Streitmacht ablehne. Dazu teilte der griechische Außenminister Kostopoulos Dienstag mit, seine Regierung werde sich dem Wunsche des Präsidenten Makarios nach Abzug der griechischen und der türkischen Truppen von Zypern nicht widersetzen. Allerdings müßten diese Einheiten gleichzeitig abgezogen werden.

Der Wunsch Athens auf Abzug der Truppen von Zypern wird durch eine Erklärung verständlich, die Papan-dreou ebenfalls Montag im Parlament abgab: Die gespannte finanzielle Situation Griechenlands verlange nach einer Verminderung des Militärbudgets. Dies sei auch deshalb nötig, weil für die wichtigen sozialen Reformen in Griechenland ausreichende Mittel fehlten. Papan-dreou ersuchte in diesem Zusammenhang die NATO-Verbündeten um Verständnis.

Drei Galgen in Damaskus

DAMASKUS (Reuter, AFP, UPI). Ein fünfköpfiges Militärgericht in Damaskus verurteilte Montag elf Personen wegen Zugehörigkeit zu einem

Spionagering, der seit 1954 für Israel militärische und politische Spionage in Syrien getrieben haben soll, zum Tode. Gegen sieben der elf Todes-kandidaten wurde das Urteil in Abwesenheit gefällt. Drei der vier anderen, zwei Unteroffiziere der syrischen Armee und ein Libanese, wurden bereits Montag in Damaskus öffentlich durch den Strang hingerichtet und die Leichen ließ man zwecks abschreckender Wirkung sieben Stunden lang am Galgen hängen. Im gleichen Prozeß wurden die Frau eines der Hingerichteten zu 15 Jahren Kerker und drei andere gleichfalls zu Freiheitsstrafen verurteilt.

Offener Krieg zwischen Äthiopien und Somalia

ADDIS ABEBA (UPI, Reuter). Obschon heute, am 1. April, eine am Wochenende in Khartoum vereinbarte Feuereinstellung im äthiopisch-somalischen Grenzgebiet in Kraft treten sollte, haben sich die Kämpfe an der Grenze zwischen den beiden Staaten Dienstag erneut verschärft. Die somalische Regierung beschuldigte Äthiopien, die Hauptstadt der Nord-provinz von Somalia, Hargeisa, mit Flugzeugen in zwei Wellen bombardiert zu haben. Insgesamt seien diese Angriffe von zehn äthiopischen Flugzeugen durchgeführt worden. Außerdem hätten äthiopische Truppen unter Mißachtung der Vereinbarungen von Khartoum die somalische Grenze überschritten und einen Grenzposten besetzt.

Äthiopien hingegen teilte Dienstag mit, daß ein von Panzern und schweren Waffen unterstützter Über-raschungsangriff von Somalis auf einen äthiopischen Grenzposten unter schweren Verlusten für den Gegner zurückgeschlagen worden sei.

Neue Feldzugspläne für Vietnam

SAIGON (AFP, UPI). Die „Saigon Post“ berichtete Dienstag, daß die südvietnamesischen und die rechtsgerichteten laotischen Streitkräfte derzeit einen Plan verwirklichten, durch den die Nachschubstraße der kommunistischen Vietkong-Rebellen von Nord-nach Südvietnam unterbrochen werden soll. Dieser Nachschubweg, über den Menschen und Material gehen, verläuft auf laotischem Staatsgebiet entlang der Grenze zu Südvietnam. Das Blatt beruft sich auf zuverlässige Quellen und meldet, daß an beiden Seiten der Grenze schwere Artilleriewaffen postiert und alle nötigen Maßnahmen beider Luftwaffen eingeleitet würden, um wirksam gegen die Vietkongs und ihren Nachschubweg vorgehen zu können. Es seien

endlich alle Maßnahmen getroffen worden, daß die Verfolgung kommunistischer Rebellen beiderseits der Grenzen ohne diplomatische Verwicklungen durchgeführt werden könne.

Eine Montag in Washington veröffentlichte Meinungsumfrage ergab, daß jeder dritte Amerikaner eine Neutralisierung Südvietnams wünsche und daß weniger als die Hälfte der Amerikaner die Vietnam-Politik der Regierung mißbilligen.

Johnson meidet Auslandsreisen

WASHINGTON (AND). Das US-Außenministerium teilte Montagabend mit, Präsident Johnson habe sich entschlossen — abgesehen von unvorhergesehenen Krisenfällen — keinerlei Auslandsreisen zu unternehmen, solange die Stelle des Vizepräsidenten unbesetzt sei. Dies bedeutet, daß Johnson mit de Gaulle nur dann zusammentreffen will, wenn Frankreichs Präsident nach Washington kommt, — was de Gaulle bereits eindeutig abgelehnt hat.

Das endlose Abrüstungspalaver

GENÈ (AP, UPI). Der stellvertretende US-Delegationsführer bei der Genfer Abrüstungskonferenz, Fisher, erklärte Dienstag auf der 179. Voll-sitzung der Konferenz, die Sowjets ignorierten mit ihren neuesten Plänen das sowjetisch-amerikanische Grundsatzabkommen vom September 1961, wonach die Abrüstung von der Errichtung eines wirksamen internationalen Apparates zur Erhaltung des Friedens begleitet werden müsse. Fisher bezog sich auf Gromykos Vorschläge, alle Kern-waffen und die Träger Raketen bis auf eine beschränkte Zahl beim Abschluß eines Abrüstungsvertrages zu vernichten. Fisher erklärte, daß Gromykos Plan keinerlei vernünftige Garantie gegen seine Verletzung enthalte.

Protest mit der Notbremse

BRÜSSEL (AP). Wütend über die Fahrpreiserhöhungen, die heute, am 1. April, wirksam werden, rebellierten gestern früh die Passagiere des Morgenzuges Mons-Brüssel. Sie zogen so oft die Notbremsen, daß die Eisenbahnverwaltung schließlich in „Notwehr“ eine andere Lokomotive vorspannte, die mit der Notbremse nicht verbunden war. Daraufhin stoppten die Passagiere den Zug mit den Handbremsen in den Waggons. Normalerweise bewältigt der Zug die 50 km lange Strecke in 35 Minuten; Dienstag aber dauerte die Fahrt genau viereinhalb Stunden.

OBERST D. G. E. SPANNOCCHI,
Kommandant der Stabsakademie:

Österreichs einseitige Abrüstung?

Prof. Thirring's Plan hat auf Grund der Tatsache, daß er ein anerkannter Naturwissenschaftler und zudem politischer Mandatar ist, ein beachtliches Aufsehen erregt. Einige Kontraststimmen und eine ziemlich große Anzahl Fürsprecher waren die Folge. Es hat sich zwar die Partei, die Prof. Thirring im Bundesrat vertritt, von seinen Ansichten vorsichtig distanziiert, trotzdem werden aber seine Ansichten sozusagen „auf Sparflamme weitergekocht“.

Nun hat gerade in der letzten Zeit ein sehr angesehenen Politiker der älteren SPÖ-Generation, Dr. Koref, in einem Leitartikel sich im wesentlichen zu Thirring's Ideen bekannt. Damit kommt aber die Diskussion allmählich in ein Niveau, in dem man die Fragenkomplexe doch etwas genauer als nur aus gefühlsmäßigen Reaktionen heraus betrachten sollte. Denn was Dr. Koref sagt, wird sicherlich — und nach seinen Leistungen mit Recht — von vielen gehört.

Zunächst einmal sei es erlaubt, ganz kurz zu einigen vorgebrachten Meinungen Dr. Korefs Stellung zu nehmen:

Es ist absolut richtig, daß die militärische Seite dieses Komplexes nicht genügt. Viel entscheidender ist die rechtliche, vor allem völkerrechtliche Komponente und die außenpolitische. Die Bemerkungen über das Bundesheer selber und die hier wiederholten kritischen Ansichten entsprechen leider einer ziemlich allgemeinen Tendenz, nämlich der, sich keineswegs zur Landesverteidigung zu bekennen. Es irrt Dr. Koref entschieden, wenn er meint, es gehöre Mut dazu, sich gegen die Verteidigungsbereitschaft auszusprechen. Tatsächlich ist doch gerade das Gegenteil der Fall. Es ist sozusagen entschieden „elegant“, sich zum weit bequemeren Weg der Opfer- und Pflichtenverweigerung zu bekennen. Einzelne kritische Erkenntnisse stimmen zu dem überhaupt nicht. Umrüstungen des Bundesheeres sind keine Schwächezeichen. Kein lebender Organismus kann davor bewahrt werden, Erfahrungen laufend auszuwerten. Man sehe sich die Spitzenarmeen der Welt einmal danach an, wie oft sie ihre eigene Organisationsform den neuen Erkenntnissen anpassen.

Der Leerlaufstogan z. B. verdiente, einmal genauestens untersucht zu werden. Daß Artilleristen nicht mit Kanonen geschossen haben, daß Panzerleute nicht mit Panzern fahren und Angehörige der Luftwaffe nicht geflogen sind, hängt im allgemeinen nicht mit einem Munitionsmangel oder mit Benzinknappheit zusammen. Hier werden leider wirklich falsche Informationen weitergegeben. Es ist nun einmal so, daß in einer Batterie von rund 100 Mann höchstens 30 Jungmänner am Geschütz ausgebildet werden, während alle anderen rechnen, Benzin fahren, Munition schleppen u. v. a. Natürlich schießen diese Leute nicht mit der Kanone, das wäre doch sinnlos. Dasselbe Verhältnis ist bei der Panzerwaffe und noch viel krasser bei der Luftwaffe. Hier kommen schon bei den vordersten Einheiten auf einen Flieger etwa neun Mann, die ganz was anderes tun müssen, damit dieser eine wirklich fliegen kann. Es ist wirklich jammerschade, mit wie wenig echter Einsicht in Österreich über fundamentale Probleme der Armee debattiert wird.

Es stimmt doch zum Beispiel keineswegs, daß unser Land mit konventionellen Mitteln nicht verteidigt werden kann. Und wenn man schon den österreichischen militärischen Fachleuten nicht traut, so kann man wohl annehmen, daß sich die militärischen Berater der Staatsvertragsunterzeichner bei der Auflage zur militärischen Verteidigung der österreichischen Neutralität etwas Reales und nicht etwas Utopisches gedacht haben.

Es darf also zusammengefaßt werden, daß sich eine Reihe sachlicher Bemerkungen von Dr. Koref nur

Alaska: 105 Tote, 18 Vermißte

80 v. H. der Menschenverluste traten durch die Flutwelle ein

ANCHORAGE (UPI, AP). Nach neuesten amtlichen Angaben über das Erdbebenunglück von Alaska beträgt die Zahl der Todesopfer 105 und die der vermißten Menschen 18. Die bisher häufig wechselnden Zahlenangaben sind auf die gestörten Nachrichtenverbindungen im Unglücksgebiet zurückzuführen. Zu befürchten ist, daß die Zahl der Todesopfer sich erhöht, da aus vielen entlegenen Gebieten noch keine Nachrichten über die vernichtenden Auswirkungen der Flutwelle, die durch das Beberausgelöst worden ist, vorliegen. Nach amtlichen Angaben sind 80 v. H. der Opfer des Bebens durch die 20 Meter

hohe Flutwelle, die unmittelbar nach den Erdstößen landeinwärts stürzte, ums Leben gekommen. In den amerikanischen Bundesstaaten Oregon und Kalifornien fanden durch die Flutwelle 13 Menschen den Tod.

Schwer betroffen ist die Schifffahrt nach Alaska, vor dessen Häfen Schiffe kreuzen und darauf warten, anlegen zu können. Aber der einzige verbliebene Hafen mit Eisenbahnanschluß ist jener in Anchorage, und der ist teilweise zerstört. Die benötigten Nahrungsmittel, Medikamente und andere Materialien werden über eine große Luftbrücke nach Alaska geschafft.